

2. Sitzung

des Ausschusses für Soziales, Kultur und Integration der Stadt Bergneustadt
in der Begegnungsstätte Krawinkel-Saal, Kölner Str. 260

Sitzungstag

14.06.2021

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.05 Uhr

Anwesend sind:

Tanja Bonrath	Vorsitzende	Erdogan Caylak	Sachk. Bürger
Doris Klaka	Stadtverordnete	Nadja Hepner	Sachk. Bürgerin
Axel Krieger	Stadtverordneter	Reinhard Sakowski	Sachk. Bürger
Wolfgang Lenz	Stadtverordneter		
Sonja Nemitz-Günther	Stadtverordnete		
Mehmet Pektas	Stadtverordneter		
Lisa Marie Pütz	Stadtverordnete		
Dr. Christoph Stenschke	Stadtverordneter		

von der Verwaltung:

BM Matthias Thul	StVRin Claudia Adolfs
StOI Stephan Halbe	Stlin Anneliese Martini

Gäste:

Annette Schmitz, CJG – St. Josefshaus
Ralf Schmallenbach, Kreisverwaltung, Dezernent Gesundheit, Jugend, Soziales
Stefanie Ridders, Leiterin Kreisjugendamt
Michael Morfidis, BGS Hackenberg
Dominik Martens, Förderkreis Kinder, Kunst & Kultur

Tagesordnung

2. Sitzung

des Ausschusses für Soziales, Kultur und Integration der Stadt Bergneustadt

am 14.06.2021

TOP	Beschluss- Vorl.-Nr.	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Seite
<u>Öffentliche Sitzung</u>			
1.		Vorstellung der „Villa Lina“ in Bergneustadt, einer Einrichtung des St. Josefshauses Eckenhagen, durch eine Mitarbeiterin des Caritasverbands	3
2.		Vorstellung der Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung durch das Kreisjugendamt	4/5
3.	0082/2021	Antrag der UWG-Fraktion betr. Brennpunkte in Bergneustadt vom 09.04.2021	5/6
4.		Mitteilungen	6
5.		Anfragen, Anregungen, Hinweise	6

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Öffentliche Sitzung

1. **Vorstellung der „Villa Lina“ in Bergneustadt, einer Einrichtung des St. Josefshauses Eckenhagen, durch eine Mitarbeiterin des Caritasverbands**

Die Vorsitzende begrüßt Frau Annette Schmitz von der Caritas-Jugendhilfe-Gesellschaft St. Josefshaus in Eckenhagen, die sich für die Einladung bedankt und zu ihrer Person kurz vorstellt. Im 1871 gegründeten St. Josefshaus ist Frau Schmitz seit 19 Jahren beschäftigt und als Erziehungsleiterin tätig. Bei der *Villa Lina* im ehemaligen Anwesen der Unternehmerfamilie Ising in der Stentenbergstraße in Bergneustadt handelt es sich um eine intensivpädagogische Wohngruppe, in der familienersetzende Hilfen geleistet werden. Dort leben acht Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 15 Jahren wie in einer Familie zusammen und werden von einem Team von 5 Erzieher/inne/n (4 ½ Stellen) im Schichtdienst betreut. Die Kinder/Jugendlichen haben Störungen im sozialen und emotionalen Verhalten und können, so Frau Schmitz, mit der eigenen Versorgung nicht umgehen. Sie befinden sich in der *Villa Lina* sowohl auf Antrag der Eltern als auch vom Jugendamt veranlasste Unterbringung hin. Sie kommen aus Bergneustadt, dem Oberbergischen Kreis und anderen Regionen Deutschlands.

Auf Frage von Stv Dr. Stenschke erklärt Frau Schmitz, die *Villa Lina* sei in der Regel voll belegt, der Tagessatz liege bei 210 € und werde vom Jugendamt gezahlt, das die Eltern ggf. zur Kostenbeteiligung heranziehe. Die Eltern würden an der Planung beteiligt und immer wieder zu Gesprächen eingeladen, für die Kinder gebe es auch eine Beurlaubung nach Hause, so Frau Schmitz auf Frage von Herrn Sakowski. Die Kinder würden in ihrer Herkunftsbindung gesehen, Ziel sei die Rückführung zu den Eltern. Auf dahingehende Frage von Stv Krieger erklärt Frau Schmitz, mit Erreichen des 18. Lebensjahrs würden die Hilfen oft beendet, es würde aber Hilfe für junge Erwachsene in den Einrichtungen in Derschlag und Eckenhagen angeboten.

Frau Schmitz beschreibt auch kurz die Werkstattschule an der Kölner Straße in Bergneustadt (Nähe REWE-Markt), wo sogenannte schulmüde männliche Jugendliche der Sekundarstufe I mit hohem Schulabsentismus unter anderem zu alltags-tauglichem Verhalten, Tätigkeiten einer einfachen Beschäftigung und evtl. einer Ausbildung befähigt werden sollen. Dort würden 8 Schüler im Alter von 13 bis 18 Jahren betreut, auf Antrag sei eine Verlängerung der Vollschulzeit möglich, so Frau Schmitz auf Frage der Vorsitzenden.

Die Ausführungen werden von Broschüren und Flyern illustriert, die Frau Schmitz zu Beginn verteilt hat.

Die Vorsitzende bedankt sich für die interessanten Ausführungen.

2. **Vorstellung der Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung durch das Kreisjugendamt**

Die Vorsitzende begrüßt die Vertreter des Oberbergischen Kreises, Herrn Ralf Schmallenbach, Dezernent für Gesundheit, Jugend und Soziales, und Frau Stefanie Ridders, Leiterin des Kreisjugendamts; beide stellen sich auch selbst kurz vor.

Zu Beginn wird ein Handout zum Thema verteilt (ist als Anlage beigefügt). Die darin enthaltenen Zahlen werden kurz erläutert. Frau Ridders zufolge basieren sie auf einer Aufbereitung durch regio.it mit Stand vom 1.11.2020.

Ziel ist Herrn Schmallenbach zufolge, eine bedarfsgerechte Kita-Versorgung zur Verfügung zu stellen. Dafür seien zurzeit ca. 50 Millionen Euro im Kreishaushalt eingeplant. Das Konzept stamme aus den Jahren 2007/08. Seitdem seien zehn neue Gesetze mit Auswirkungen auf die Planung verabschiedet worden. Die Bedürfnisse der Eltern an Betreuungszeiten seien gestiegen. Deshalb sollten im Kreis bis 2021 300 neue Plätze eingerichtet werden. Unwägbarkeiten bei Zu- und Wegzügen, so Frau Ridders, erschwerten die Planung. Es gebe es aber immer eine „Pufferzone“, die Überbelegungen ermögliche.

BM Thul spricht sich für eine Ausweitung der Notbetreuung in Ferienzeiten aus, Frau Ridders erklärt, die Anregung mitzunehmen. Schon jetzt würden sich die Kitas dabei absprechen. Pädagogen stünden allerdings auf dem Standpunkt, dass Eltern sich, wenn möglich, mehr in die Betreuung einbinden müssten, gerade die mit dem Maximum an gebuchten Betreuungsstunden.

Herr Caylak erkundigt sich nach der Definition der Kategorie „mit Behinderung“ (Handout S. 12) und ab welchem Grad der Behinderung Kinder danach eingestuft würden. Folgende Auskunft wurde von Frau Ridders nachgereicht: *Art und Umfang der Behinderung werden vom Landschaftsverband Rheinland als Kostenträger festgesetzt.*

Frau Hepner erkundigt sich nach der Gebührenkalkulation. StVRin Adolfs teilt mit, diese geschehe aufgrund der Satzung des Oberbergischen Kreises zuständigkeitshalber bei der Stadt Bergneustadt; anders als Frau Hepner vermute, habe die Kinderzahl in einer Familie Einfluss auf die Berechnung des Eigenbeitrags. Ab dem dritten Kind gebe es einen Freibetrag.

Eine Information ans Jugendamt durch die Stadt zu Veränderungen in der Stadtteilstruktur sei hilfreich, erklärt Frau Ridders auf Frage von BM Thul.

Die Kostensteigerung der letzten Jahre sei hauptsächlich auf die Ausweitung der Kindertagespflege und Erhöhung der Honorare zurückzuführen, so Herr Schmallenbach auf eine Frage des Stv Pektas im Zusammenhang mit der Gruppenstruktur im Schema auf S. 12 des Handouts.

BM Thul erklärt, anders als bei der Kreisumlage sei Bergneustadt bei der Jugendamtsumlage „Nehmerkommune“.

Stv Lenz bezweifelt das. Mit Bezug auf die präventive Kinder- und Jugendarbeit, innerhalb derer er die Aktivitäten der zum Teil vom Kreis finanzierten städtischen Sozialarbeiter/inne/n hervorhebt, mangle es ihm an Kommunikation im Tagesgeschäft und Transparenz, auch was die Kosten angehe, die er gern pro Kommune aufbereitet hätte. Herr Schmallenbach räumt ein, dass die Transparenz noch gesteigert werden könne. Es sei Aufgabe der Politik zu entscheiden, was zu tun sei und ob die erforderlichen Mittel dafür bereitgestellt würden. Zurzeit sei es nicht

möglich, der Gesetzeslage gerecht zu werden.

BM Thul kündigt einen TOP „Präventive Kinder- und Jugendsozialarbeit“ in der nächsten Sozialausschusssitzung mit Herrn Schacht vom Kreisjugendamt als Referenten an.

StVRin Adolfs merkt unter Aufzählung von Beispielen an, dass bereits sehr viel Präventivarbeit auch durch das Kreisjugendamt geleistet werde.

Auf die Frage des Stv Krieger, in welcher Zeit mit einem Handlungsrahmen zu rechnen sei, erklärt Herr Schmallenbach, das Gesamtkonzept werde im zuständigen Ausschuss des Kreises vorgestellt, danach werde auch im Hinblick auf die zu erwartende Gesetzeslage Schritt für Schritt vorgegangen.

Die Vorsitzende dankt für die Vorstellung und sagt, sie hoffe auf weitere Termine zum Thema.

3. Antrag der UWG-Fraktion betr. Brennpunkte in Bergneustadt vom 09.04.2021

Zunächst erklärt BM Thul, dass ein Konzept stehe und unter Einbindung der Begegnungsstätte (BGS) und des Förderkreises Kinder, Kunst und Kultur Gespräche mit den Familien stattgefunden hätten und noch stattfinden würden.

Der Sozialarbeiter Michael Morfidis der BGS Hackenberg, der vom Ausschuss um seine fachliche Einschätzung gebeten wird, erklärt, dass ihm und seinen Kolleg/inne/n Esch, Yilmaz und Zwinge außer am Alleenradweg keine größeren Gruppen mit Fehlverhalten aufgefallen seien, meist habe es sich um Gruppen von zwei bis drei Jugendlichen gehandelt. Das habe auch die Polizei bestätigt. Diese habe manche der betreffenden Jugendlichen in ihre Familien gebracht; sie würden entsprechend dem erwähnten Konzept noch angesprochen. Die Sozialarbeiter/in hätten mit verschiedenen Kindern und Jugendlichen, die ihnen in diesem Zusammenhang aufgefallen seien, sowie deren Familien ihrerseits Gespräche geführt. In der Gesamtbetrachtung habe sich das Problem durch die coronabedingten Restriktionen verschärft, insbesondere durch die Schließung der Treffs.

Auf die Frage von Stv Nemitz-Günther, wie viele Jugendliche der BGS dadurch verlorengegangen seien, erwidert Herr Morfidis, das sei schwer zu sagen, es werde versucht, die Kontakte zu den Jugendlichen wieder aufzunehmen, es könne aber niemand gezwungen werden.

In der anschließenden Erörterung wird in einigen der Wortbeiträge davon berichtet, dass die betreffenden Jugendlichen bei direkter Ansprache meist zurückhaltend reagierten und das angesprochene Fehlverhalten korrigierten. Die Stven Lenz, Krieger und Klaka heben die Aktivitäten der Stadt zur Eindämmung dieses Problems, das es – so Stv Klaka – schon immer gegeben habe, hervor, BM Thul verweist auf die Beobachtung durch den Ordnungsdienst und den Sicherheitsdienst.

Herr Caylak empfindet den im Antrag formulierten Bezug auf Personen „fast ausschließlich“ mit „Migrationshintergrund“ als diskriminierend und nicht mehr konservativ, sondern rechtslastig. Andere Diskussionsteilnehmer äußern, die Wertung hänge vom Standpunkt des Betrachters ab. Stve Pektas und Lenz weisen darauf hin, dass auch seitens des Moscheevereins Ansprachen der Jugendlichen erfolgt

sein.

Auf den Einwurf des Stv Lenz, warum ausgerechnet die UWG von den Bürgern auf die Problematik angesprochen sei, berichtet die Vorsitzende, auch sie und einige Fraktionskolleg/inne/n seien darauf angesprochen worden und hätten sich dann an die Verwaltung und die Polizei gewandt. Stv L. M. Pütz erklärt, die Thematisierung sei wichtig gewesen; angesichts dessen, was die Verwaltung bereits in die Wege geleitet hätte, solle der Antrag zurückgezogen werden.

BM Thul erklärt, das Problem sei erkannt, gebannt und Strukturen geschaffen, dass es nicht wieder vorkomme. Bei zu intensiver Erörterung erhalte das Thema unangemessen viel Aufmerksamkeit.

4. **Mitteilungen**

./.

5. **Anfragen, Anregungen, Hinweise**

./.